

022.06.02 Israel-Palästina - Der Terror der anderen:

(Tipp: Falls bei TAZ-Berichten nötig, auf den Button „gerade nicht“ klicken.) An mehreren Stellen bringen wir ab 8.2.22 neue Meldungen zur Apartheid. Palästina Vorweg diese Berichte vom 27.11.2021: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina.pdf> Und dort wieder Vorweg aus der Rundmail vom Mai 2021 diese Auszüge zum Thema Palästina: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Auszugaus-Info-Religion-und-Faschismus-vom-Mai-2021.pdf> Palästina und der Atomstaat Israel. (<https://www.diepresse.com/749202/israels-atombomben-das-offene-geheimnis> Der israelische Verteidigungsminister Benny Gantz erklärt sechs palästinensische NGOs zu terroristischen Organisationen <https://www.haaretz.com/israelnews/.premium-gantz-declares-six-palestinian-ngos-terrorist-organizations1.10317349> Israael ist Apartheid, sagen ehemalige israelische Botschafter in Südafrika: <https://occupied-news.medium.com/es-ist-apartheid-sagen-die-israelischenbotschafter-in-s%C3%BCdafrika-823a9bb22e7a> Aktuelle Info vom 2. Juni 2022: Interview mit UN-Sonderberichterstatter für Palästina, Michael Lynk: <https://senderfreiespalaestina.de/pdfs/das-ist-apartheid-michael-lynck.pdf> - Der scheidende UN-Sonderberichterstatter für das besetzte Palästina, Michael Lynk, hat dieses Interview für Mondoweiss, eine jüdische US-amerikanische Internetzeitung, gegeben. Darin zeigt er auch Lösungsmöglichkeiten in dem Konflikt zwischen dem Staat Israel und den Palästinensern auf. Zur Info weitergeleitet. Mit solidarischen Grüßen Antje und Dieter www.antjeundieter.de <https://t1p.de/Autoren-Nach-Lesung> <https://t1p.de/Politisches-Gedicht> <https://t1p.de/Anti-AKW-Video> Weitere Infos: .)DPG Rundbrief Januar 2022: <http://antjeundieter.de/wpcontent/uploads/2015/09/DPG-Rundbrief-Januar-2022.pdf> - - Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. 2. El Bulbeisi definiert die Erfahrungen und Erlebnisse, die PalästinenserInnen auf ihrer Flucht und Vertreibung seit 1948 erfahren haben und die nicht öffentlich anerkannt werden, als „Diskursive Gewalt“. Die dramatischen Folgen der Nakba, die im Prinzip bis heute durch stille Vertreibung per Landraub, Siedlungsbau, Haus- und Olivenplantagenzerstörungen und anderen infrastrukturellen Apartheidsysteme anhält, stehen im Zentrum der Untersuchung. Veranstaltet von: DeutschPalästinensische Gesellschaft Bremen e.V., Israelisches Komitee gegen Hauszerstörung (ICAHD), AK Nahost Bremen, Bremer Friedensforum, Kairos Palästina Solidaritätsnetz Gruppe Bremen; DPG-Bund. ViSdP.: Dr. Detlef Griesche dr.griesche@gmx .) Israel/Palästina Der Terror der Anderen: <https://www.medico.de/blog/der-terror-deranderen-18454> Mitten im Westjordanland: Protestaktion gegen einen neuen Außenposten israelischer Siedler. Israel hat sechs palästinensische NGOs, darunter medico-Partner zu Terrorgruppen erklärt. Diffamierung als Strategie ist nicht neu. Es ist kein Alleinstellungsmerkmal israelischer Regierungen, sich der Diskussion mit dem politischen Gegner dadurch zu

entziehen, dass man ihn dem Terrorvorwurf aussetzt. Die Strategie ist von ihnen aber seit Jahrzehnten methodisch benutzt worden. Das bedeutet nicht, dass es keine palästinensischen Verbrechen gegen israelische und jüdische Zivilist:innen gegeben hätte; natürlich gab es die. Es bedeutet im aktuellen Zusammenhang des Verbots von Menschenrechtsorganisationen aber vor allem, dass die politische Organisation der unterworfenen Bevölkerung unterbunden werden soll – unabhängig von der jeweiligen Gewaltbereitschaft. Davon zeugen das militärisch dekretierte Versammlungsverbot, das bis heute in Kraft ist, oder die nach dem Krieg von 1967 erfolgten völkerrechtswidrigen Deportationen von palästinensischen Anwälten, Bürgermeister:innen und anderen Personen, die für die politische Organisation als wichtig galten. Dazu passt auch die im Zuge der Landnahme täglich ausgeübte staatliche oder – wie im Fall der Siedler – sanktionierte Gewalt gegen Palästinenser:innen, die klarmacht: Gegenwehr oder gar Gegengewalt wird mit noch massiverer Gewalt beantwortet. (mehr dazu unter dem obigen Link) .)

Palästinakomitee Stuttgart: infobl@tt November, 2021:

<https://senderfreiespalaestina.de/infoblatt-archiv/PAKO-Stuttgart-Infoblatt11.2021.htm> – Der tägliche Schrecken des israelischen Siedlerkolonialismus. .) Palästinensischer Menschenrechtsverteidiger verhaftet:

<https://www.juedischestimme.de/2021/12/13/protestbrief-gegen-die-festnahme-des-menschenrechtsaktivisten-daoud-al-ghoul/> - - am 10. Dezember wurde der palästinensische Menschenrechtsverteidiger Daoud al Ghoul in seinem Haus im Jerusalemer Stadtteil Silwan von israelischen Sicherheitskräften festgenommen. Im Oktober hatte er auf einer Rundreise in Europa, u.a. in Österreich und Deutschland, über die Situation der Palästinenser:innen in Ostjerusalem berichtet, denen die Vertreibung aus ihren Häusern droht. Die Verhaftung des bekannten Menschenrechtlers Daoud al Ghoul steht in Zusammenhang mit dem verstärkten Druck der israelischen Regierung auf bekannte palästinensische Menschenrechtsverteidiger:innen und die Zivilgesellschaft. Gemeinsam mit der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden und anderen Organisationen fordern wir die deutsche und österreichische Regierung sowie die EU und die Vereinten Nationen auf, sich für die Freilassung von Daoud al Ghoul und den politischen Gefangenen einzusetzen. Die Erklärung mit vielen weiteren Informationen findet sich auf der Homepage der Jüdischen Stimme für Gerechten Frieden (unter dem obigen Link) .) B` Tselem Anrufung des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Israel (vom 16.12.21) Am 30. März 2018 veranstalteten die Bewohner des Gazastreifens den ersten großen Protestmarsch der Rückkehr entlang des Grenzzauns zu Israel. Fast jede Woche bis Ende 2019 demonstrierten Zehntausende von Menschen und forderten das Recht auf Rückkehr und ein Ende der israelischen Blockade, die die zwei Millionen Bewohner des Gazastreifens im größten Freiluftgefängnis der Welt gefangen hält. Israel kündigte im Voraus an, dass es die Proteste nicht zulassen

würde. Das Militär positionierte Dutzende von Scharfschützen entlang der Grenze, und Beamte erklärten, die Streitkräfte würden mit scharfen Waffen auf die Demonstranten schießen. Die Zahl der Toten stieg von einer Demonstration zur nächsten, ebenso wie die Zahl der verletzten Demonstranten. Die meisten der Opfer stellten zum Zeitpunkt ihrer Erschießung keine Gefahr für irgendjemanden dar. Insgesamt töteten die israelischen Sicherheitskräfte 223 Palästinenser und verletzten etwa 8.000 mit scharfen Waffen. "Israels Beschönigungsversuche werden den Internationalen Strafgerichtshof nicht aufhalten. Es gibt einen einfachen Weg für Israel, den IStGH fernzuhalten: die Verantwortlichen für diese illegale Politik strafrechtlich zu verfolgen - und seine Menschenrechtsverletzungen zu beenden." Trotz dieses entsetzlichen Ergebnisses wurde die illegale Politik des offenen Feuers nicht geändert und die Beamten verteidigen sie weiterhin. Das Militär versprach lediglich, die Vorfälle zu "untersuchen" und erklärte, dass der Generalstabsmechanismus für Tatsachenfeststellungen (FFA) die ihm vorgelegten Fälle untersuchen und seine Empfehlungen an den Militärgeneralanwalt (MAG) weiterleiten würde. Hinter diesem Versprechen stand der Wunsch Israels, eine echte Untersuchung durch den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag (IStGH) zu verhindern, die die Wahrheit aufdecken, die Verantwortlichen identifizieren und ihre Verfolgung und Bestrafung herbeiführen sollte. Der IStGH schaltet sich nicht ein, wenn ein Land Menschenrechtsverletzungen in seinem Hoheitsgebiet wirklich untersucht. Es besteht keine Notwendigkeit für eine doppelte Anstrengung - eine echte Untersuchung reicht aus, entweder hier oder in Den Haag. Wenn ein Land nicht willens oder in der Lage ist, Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen, übernimmt der IStGH diese Aufgabe. Kann das, was das Militär getan hat, als "Untersuchung" bezeichnet werden? Die Bezeichnung bedeutet wenig, wenn sie nicht von sinnvollen Maßnahmen begleitet wird. Das bedeutet in erster Linie, dass gegen die Entscheidungsträger ermittelt werden muss - in diesem Fall gegen die Beamten, die die Vorschriften formuliert und genehmigt haben, die Scharfschützen anweisen, aus der Ferne mit scharfer Munition auf unbewaffnete Demonstranten zu schießen. Israel hat nie gegen die Entscheidungsträger ermittelt und hat auch nicht die Absicht, dies zu tun. Daher kann man nicht sagen, dass es eine echte Untersuchung durchgeführt hat. Ein Bericht, den wir letzte Woche zusammen mit dem Palästinensischen Zentrum für Menschenrechte veröffentlicht haben, befasste sich genau mit dieser Frage - Israels Pseudo-Untersuchungen in Bezug auf die Proteste beim Großen Marsch der Rückkehr. Die Antwort des IDF-Sprechers beweist nur, dass wir Recht haben: Er behauptet erneut, dass die Politik legal war und nicht untersucht werden muss; er verhöhnt erneut die Untersuchung von "Ausnahmefällen" durch den FFA-Mechanismus, mit dem sinnlosen Zusatz, dass unsere Zahlen über die Anzahl der Untersuchungen veraltet sind. Selbst wenn der Mechanismus einige weitere Fälle an die MAG weitergegeben hat oder die MAG

einige andere ohne weitere Maßnahmen abgeschlossen hat, beweist dies nicht, dass Israel die wöchentlichen Erschießungen von Demonstranten durch Scharfschützen wirklich untersucht hat. Es beweist nur, dass die Show weitergeht. Israels Versuche der Schönfärberei werden den Internationalen Strafgerichtshof nicht aufhalten. Es gibt einen einfachen Weg für Israel, den IStGH fernzuhalten: die für diese illegale Politik verantwortlichen Personen strafrechtlich zu verfolgen - und die Menschenrechtsverletzungen zu beenden. Mit freundlichen Grüßen, Yael Stein, Direktorin für Forschung .) Nein zum Ausschluss des Palästinakomitees aus dem Festival gegen Rassismus der Stuttgarter DGB-Jugend! : arbeiterinnenmacht.de – Gewerkschaften müssen antirassistisch sein, denn jede Spaltung der Klasse durch Rassismus ist eine Schwächung ihrer Kampfkraft. Gewerkschaften müssen sich dem Erstarken der Rechten widersetzen, indem sie den Kampf gegen Rassismus aktiv und gemeinsam mit AkteurInnen sozialer und demokratischer Bewegungen führen, und dieses Bewusstsein dadurch in der Klasse verankern. Genauso müssen Gewerkschaften sich dem staatlichen Rassismus, der uns spaltet und schwächt, entgegenstellen. Wir unterstützen daher vollkommen die Initiative der DGB-Jugend Stuttgart, im Sommer 2022 ein „Festival gegen Rassismus“ zu organisieren. .) Gemeinsames Statement jüdisch-palästinensisch-migrantischer Organisationen zur Ächtung : <https://www.juedische-stimme.de/2022/01/04/gemeinsames-statement-judischpalastinensisch-migrantischer-organisationen-zur-achtung-der-palastinasolidaritat/> Als zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für Menschenrechte und gegen Diskriminierung einsetzen, beklagen wir die Stigmatisierung und Delegitimierung all jener, die sich gegen die Unterdrückung der Palästinenser:innen durch die israelische Besatzungspolitik aussprechen. Sowohl in den Medien als auch in der Politik wird gegen die Palästinasolidarität gehetzt von Akteuren, deren Positionen – auch wenn sie rassistisch sind – im öffentlichen Diskurs als legitim betrachtet und teilweise von Staatsbeamten reproduziert werden. Dabei wird der Einsatz für international anerkannte Menschenrechtsstandards als antisemitisch verurteilt. Nach dem Statement der Initiative Weltoffenheit GG 5.3 vor einem Jahr wurde von manchen entgegnet, man könne durchaus in Deutschland alles zum Thema Israel sagen. Wir haben aber alle schon erlebt, zu welchen Repressalien das führen kann. Veranstaltungsabsagen, Raumentzug, auch Entzug von Geldern oder gar Verlust des Arbeitsplatzes – all das gab es schon vor der antidemokratischen BDS-Resolution von 2019, es wurde aber durch diese noch gesteigert und legitimiert. Weiß die Öffentlichkeit von schwarzen Listen an Universitäten, weiß die Öffentlichkeit, dass das Bankkonto eines jüdischen Vereins gesperrt wurde, weil seine Haltung zu Israel nicht der deutschen Staatsraison entspricht? Derweil wird staatlich geförderten Organisationen wie der Amadeu Antonio Stiftung nicht widersprochen, wenn sie Vertreter:innen der Palästinasolidarität pauschal Vernichtungsfantasien zuschreiben und Jüd:innen

Antisemitismus vorwerfen. Es ist überfällig, dass die Delegitimierung eines bloßen Eintretens für Menschenrechte ein Ende hat und eine verengte Diskussion sich wieder öffnet – ohne Stigmatisierung, Diffamierung und Silencing. .)

Apartheidsvorwurf gegen Israel: Glaubwürdigkeit verspielt:

<https://taz.de/Apartheidsvorwurf-gegen-Israel/!5829579/> - - Amnesty International

macht Israel Apartheid zum Vorwurf. Dem Bericht mangelt es an Sensibilität und Genauigkeit. Der am Dienstag veröffentlichte Bericht von Amnesty International unter dem Titel „Israels Apartheid gegen die Palästinenser“ mag nicht antisemitisch motiviert sein. Doch er sollte angesichts von erneut wachsendem Antisemitismus mehr Sensibilität zeigen. Und Genauigkeit. Beides ist nicht der Fall. Ein Beispiel: Laut Bericht würden sämtliche Palästinenser*innen unter Apartheid leiden, unabhängig davon, wo sie leben: im Westjordanland, im abgeriegelten Gaza oder als palästinensisch-israelische Staatsbürger in Israel. Auch die im Krieg 1948 Geflohenen oder Vertriebenen zählt die Menschenrechtsorganisation dazu. Der Begriff Apartheid kann auf die Lebensbedingungen im Westjordanland angewandt werden, ohne dass es abwegig scheint: die Palästinenser*innen leben dort seit 1967 unter israelischer Militärherrschaft. Jedoch zu behaupten, dass die Palästinenser*innen in Israel unter einem Apartheidsregime leben, ist absurd. Als Beispiel dafür dient das 2018 erlassene Nationalstaatsgesetz, nach dem Israel die „nationale Heimstätte des jüdischen Volkes“ ist und das Arabische als offizielle Sprache neben dem Hebräischen keinen Platz mehr hat. Doch die palästinensischen Israelis sind abgesehen davon den Gesetzen nach jüdischen Israelis völlig gleichgestellt, haben die israelische Staatsbürgerschaft und stellen unter anderem zwei Minister in der neuen Regierung. Ein Detail, könnte man meinen. Doch auch wenn es natürlich Diskriminierung gibt, die Lebensbedingungen von Palästinensern über einen Kamm zu scheren, ist im besten Fall undifferenzierte Nachlässigkeit und im schlimmsten Fall Absicht – um ein möglichst dämonisches Bild von Israel herstellen zu können.

Amnesty International verspielt damit seine Glaubwürdigkeit und so könnte der Duktus des Berichts der Sache der Palästinenser*innen eher schaden als nutzen. Dabei hätten sie, denen internationale Unterstützung immer mehr abhandenkommt, diese dringend nötig. Es sollte allerdings keine sein, die Wasser auf die Mühlen der Antisemiten gießt. .) Meldungen zur Apartheid: Es ist sensationell: Der ehemalige israelische Generalstaatsanwalt Michael Benyair schrieb am 7.2. 2022 (am 8.2. in der Printausgabe) diesen Beitrag in der Frankfurter Rundschau und stimmt damit faktisch dem Bericht von Amnesty International in fast allen Punkten zu:

<https://www.fr.de/meinung/gastbeitraege/zwei-voelker-mit-ungleichen-rechten-91287316.html> - - Zwei Völker mit ungleichen Rechten - Israel sieht sich als liberale Demokratie. Das ist unvereinbar mit einem Apartheid-Regime. Der Gastbeitrag von Michael Benyair. Seit einem Jahr läuft eine öffentliche Debatte, ob das Vorgehen der israelischen Regierung in den besetzten palästinensischen Gebieten als Apartheid

nach internationalem Recht klassifiziert werden kann. .) Ein Apartheidstaat: <https://www.jungewelt.de/artikel/419808> .menschenrechtsverletzungen-ein-apartheidstaat.html - - Amnesty International veröffentlicht Bericht zu Israels Politik gegenüber Palästinensern. Tel Aviv wirft Organisation »Antisemitismus« vor. .) Dazu erhielten wir von Mena-Watch | Der unabhängige Nahost-Thinktank diese Kritik: Als gegenpart....auf den nicht endenwollende „antisemitismus“....verpackt als "Israelkritik" s.w.u. <https://www.mena-watch.com/die-methoden-von-amnesty-international/> und <https://www.mena-watch.com/amnesty-international-auf-bds-niveau-herabgesunken/> Auszug aus dem Kritik-Text: Die Darstellung Israels und seiner Geschichte ist so einseitig und verzerrt, die gegen den jüdischen Staat erhobenen Vorwürfe sind so maßlos überzogen und der Tonfall ist so hyperbolisch dämonisierend, dass man glauben könnte, Amnesty habe einfach ein Propagandawerk der IsraelBoycottbewegung BDS hergenommen und unter eigenem Namen veröffentlicht. (Hinweis: Was bedeutet BDS – dazu eine Erklärung auf Wikipedia: Boycott, Divestment and Sanctions Zur Navigation springen Zur Suche springen Boycott, Divestment and Sanctions („Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen“, abgekürzt BDS) ist eine transnationale politische Kampagne, die den Staat Israel wirtschaftlich, kulturell und politisch isolieren will, um ihre im Jahr 2005 beschlossenen Ziele durchzusetzen: Israel müsse die „Okkupation und Kolonisierung allen arabischen Landes“ beenden, das „Grundrecht seiner arabisch-palästinensischen Bürger auf volle Gleichheit“ anerkennen und „das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf eine Rückkehr in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum gemäß UN-Resolution 194 schützen und fördern.“ 171 palästinensische Organisationen unterzeichneten diesen Aufruf; viele Solidaritätsgruppen und Prominente unterstützen ihn. Führende BDSVertreter bestreiten offen die Existenzrecht Israels und wollen diesen Staat abschaffen. Die Antisemitismusforschung ordnet die Ziele der Kampagne als antizionistisch (gegen einen jüdischen Staat gerichtet), vielfach auch als antisemitisch ein. Einige Wissenschaftler halten Israelboycotte an sich nicht für antisemitisch. Die Parlamente und Regierungen von Deutschland, Österreich und Tschechien haben die BDSKampagne als antisemitisch eingestuft. .) Deutsche Außenministerin Annalena Baerbock bei ihrem Besuch in Israel garantiert Kontinuität , hat aber keine Vorschläge zum Nahost-Konflikt. (<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1161222.baerbock-auf-nahost-reisedeutschland-bleibt-an-der-seite-israels.html>) Gespannt durfte man sein, ob diese Kontinuität auch für den NahostFriedensprozess gilt. Der gilt seit Jahren als klinisch tot und taugt gerade noch für den Austausch unter Experten auf wissenschaftlichen Symposien. Aus Deutschland kamen in den vergangenen Jahren keinerlei konkrete Vorschläge oder Initiativen, um einem eigenständigen palästinensischen Staat näherzukommen. Sie setzt, wie alle ihre Vorgänger, auf die Zwei-Staaten-Lösung, die viele Experten jedoch

mittlerweile als nicht mehr realisierbar ansehen, vor allem wegen des Siedlungsbaus. Hier fand die Grünen-Außenministerin erstaunlicherweise recht deutliche Worte zum Siedlungsbau Israels in den besetzten Gebieten: »Wir halten ihn für schädlich und mit dem Völkerrecht nicht vereinbar«, betonte Baerbock, die es genau wissen muss als gelernte Völkerrechtlerin. Wie wenig solche Erklärungen jedoch bislang bewirkt haben, lässt sich ablesen an der Zahl von mehr als 600 000 israelischen Siedlern, die in den besetzten Gebieten und Ost-Jerusalem leben. Erst Anfang Januar habe die Jerusalemer Stadtverwaltung den Bau von mehr als 3500 neuen Wohneinheiten beschlossen, berichtete die Menschenrechtsorganisation Peace Now. Da erscheint es nachvollziehbar, dass sich Baerbock beim NahostFriedensprozess keine Illusionen mache, wie sie betonte. Der Status quo im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern führe aber »immer wieder aufs Neue in die Eskalation - mit schrecklichen Folgen für die Menschen auf beiden Seiten«. .) Hier zwei Berichte, die gegensätzlicher kaum sein können: .)

<https://taz.de/Amnesty-unterstellt-Israel-Apartheid/!5830467/> und .)

<https://bibjetzt.wordpress.com/2022/02/12/bip-aktuell-205-amnestyinternational-israel-ist-ein-apartheidstaat/> .) „Wir fordern von Israel Rechenschaft“ :

<https://anfdeutsch.com/aktuelles/wirfordern-von-israel-rechenschaft-30853> - Am 17. Februar 1999 eröffneten vor dem israelischen Konsulat Sicherheitsbeamte das Feuer auf kurdische Protestierende und töteten vier Aktivist:innen. Ismail Parmaksiz war damals bei den Protesten mit dabei und fordert Rechenschaft für die Getöteten. „ Wir waren dort nur zum Protest“ „Nicht einmal ein Ermittlungsverfahren wurde eingeleitet“ „Das kurdische Volk soll stolz auf seine Gefallenen sein“

<https://anfdeutsch.com/aktuelles/schwarzer-kranz-vor-israelischer-botschaft-in-berlinniedergelegt-30846> .) Tief verankerter Rassismus :

<https://www.jungewelt.de/artikel/421916.medialeverantwortung-tief-verankerter-rassismus.html> - Krieg in der Ukraine: Afrikanische und arabische Presseorganisationen kritisieren westliche Medien. In der von Israel besetzten Westbank gibt es keine »Freiheitskämpfer«: Ein Palästinenser protestiert mit Molotowcocktail gegen die Besatzung. Medien spielen eine zentrale Rolle dafür, wie Menschen die Welt wahrnehmen. Mit diesem Grundsatz beginnt eine Mitteilung der »Foreign Press Association Africa«, einer Organisation, die sich dem Ziel einer objektiven, ausgewogenen und fairen Berichterstattung über den afrikanischen Kontinent verschrieben hat. Anlass des am Dienstag auf Twitter veröffentlichten Briefes ist die Berichterstattung westlicher Medien über den Krieg in der Ukraine, der sich am Wochenende in verstörender Weise Bahn brach: »Dies ist eine relativ zivilisierte und relativ europäische Stadt ... wo man so etwas nicht erwarten würde« .) Streit um Israel:Die, die es betrifft : <https://taz.de/Streit-um-Israel/!5839843/> - Als Amnesty die Palästinapolitik Israels „Apartheid“ nannte, war die Empörung riesig. Eine Reise zu Menschen, die das leben, worüber andere streiten.

Dschisr az-Zarqa ist die einzige israelisch-arabische Stadt, die am Meer liegt – und eine der ärmsten Städte des Landes. Spielplätze sucht man hier vergeblich. Hunde spielen zwischen Häusern in Geröll, ab und zu ragt eine unfertige Mauer von einer Hauswand hervor. Um die achtzig Prozent der Bewohner*innen von Dschisr az-Zarqa leben unter der Armutsgrenze. Für den 51-jährigen Juha ist klar: Dass die Stadt in einem solchen Zustand ist, liegt an der Diskriminierung durch den Staat. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International beschrieb die Ungleichbehandlung in einem Bericht vom Februar unter dem Titel: „Israels Apartheid gegen die Palästinenser“.)Ilan Pappé über die vier Lehren aus der Ukraine und die westliche Doppelmoral : <https://www.nachdenkseiten.de/?p=82512#more-82512> - Die USA Today berichtete, dass sich ein Foto, das viral ging, weil ein Hochhaus in der Ukraine von russischen Bomben getroffen wurde, als ein Hochhaus im Gazastreifen entpuppte, das im Mai 2021 von der israelischen Luftwaffe zerstört wurde. Einige Tage zuvor beschwerte sich der ukrainische Außenminister beim israelischen Botschafter in Kiew, dass “Sie uns wie Gaza behandeln”; er war wütend darüber, dass Israel die russische Invasion nicht verurteilte und nur daran interessiert war, israelische Bürger aus dem Land zu vertreiben (Haaretz, 17. Februar 2022). Dies war eine Mischung aus einer Anspielung auf die ukrainische Evakuierung ukrainischer Ehefrauen palästinensischer Männer aus dem Gazastreifen im Mai 2021 und einer Erinnerung an Israels uneingeschränkte Unterstützung des ukrainischen Präsidenten für Israels Angriff auf den Gazastreifen in jenem Monat (ich werde auf diese Unterstützung am Ende dieses Artikels zurückkommen). Die Angriffe Israels auf den Gazastreifen sollten in der Tat erwähnt und berücksichtigt werden, wenn es um die Bewertung der gegenwärtigen Krise in der Ukraine geht. Es ist kein Zufall, dass die Fotos verwechselt werden – in der Ukraine sind nicht viele Hochhäuser eingestürzt, aber im Gazastreifen gibt es eine Fülle von zerstörten Hochhäusern. Es ist jedoch nicht nur die Heuchelei in Bezug auf Palästina, die zum Vorschein kommt, wenn wir die Krise in der Ukraine in einem größeren Kontext betrachten; es ist die allgemeine westliche Doppelmoral, die hinterfragt werden sollte, ohne auch nur einen Moment lang gleichgültig gegenüber den Nachrichten und Bildern zu sein, die uns aus dem Kriegsgebiet in der Ukraine erreichen: traumatisierte Kinder, Flüchtlingsströme, Anblicke von durch Bombardierungen zerstörten Gebäuden und die drohende Gefahr, dass dies nur der Anfang einer menschlichen Katastrophe im Herzen Europas ist.) Jüdische Stimme: Newsletter April 2022 : im ersten Quartal 2022 hat die Welt der Palästina-Solidarität zwar keine so dramatische Umwälzung erlebt wie die Weltpolitik, es hat sich aber so manches ereignet. Im Februar erschien der mit Spannung erwartete Bericht von Amnesty International zur Lage in Israel und den besetzten Gebieten, in dem nun auch - nach den ähnlichen Beschreibungen von Human Rights Watch und B'tselem, um nur die bekanntesten Organisationen zu nennen - eindeutig von Apartheid und

jüdischer Vorherrschaft gesprochen wurde. Erwartungsgemäß gab es viel Empörung und Verleumdung, und die deutsche Amnesty-Sektion hat sich zunächst von dem Bericht dahingehend distanziert, dass sie ihn nicht bewerben oder öffentlich besprechen wollte. Nach heftiger Kritik hat sie ihre anfängliche Position, dass unliebsame Fakten Antisemitismus schüren, ein wenig abgeschwächt und ein etwas differenzierteres Statement veröffentlicht. Anschließend gab es eine öffentliche Aktion von Palästina Spricht und der Jüdischen Stimme vor dem Amnesty-Büro, bei der kritische Statements vorgelesen wurden. Etwa zur gleichen Zeit hat die Deutsche Welle fünf zum Teil palästinensische Mitarbeiter:innen in ihrer arabischen Redaktion entlassen. Die Begründung: Antisemitismus. Am Bericht, der diese Entscheidung begründete, hat der berüchtigte palästinensisch-israelische Psychologe Ahmad Mansour mitgearbeitet, der sich dem deutschen Establishment regelmäßig durch antimuslimische Agitation anbietet. Die Vorwürfe beruhten hauptsächlich auf alten Tweets und Formulierungen, auch vertraulichen persönlichen Nachrichten, die zum Teil in ihrer Bedeutung verdreht wurden. Die palästinensisch-jordanische Journalistin Farah Maraqa, eine der Betroffenen, hat rechtliche Schritte eingeleitet. Unser Vorstandsmitglied Iris Hefets war beim Podcast 99 ZU EINS im Februar zu Gast, um über die deutsche Erinnerungskultur und deren Irrwege zu sprechen, sowie im Instagram-Chat mit Natasha R. Kelly und NahedSamour (auch ohne Instagram-Konto abspielbar). Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine Ende Februar wurde recht schnell ein Doppelstandard bemerkbar. Es gab eine Welle der berechtigten Solidarität mit der leidenden Zivilbevölkerung und es hat sich sofort eine starke Willkommenskultur gegenüber ukrainischen Geflüchteten aufgebaut, diese stand aber im deutlichen Gegensatz zur allgemeinen Einstellung gegenüber Menschen aus dem Nahen und Mittleren Osten oder Afrika, die ihre Heimatländer teilweise aufgrund westlicher Angriffe verlassen mussten. In den Nachrichten wurde international davon gesprochen, dass die Ukrainer:innen "wie wir aussehen" und "nicht aus der Dritten Welt" kämen; an der polnisch-belarussischen Grenze hatte gerade erst die polnische Armee Flüchtende aus Ländern wie Iraq oder Syrien gewaltsam an der Einreise gehindert, nun begrüßte die polnische Regierung aber ihre slawischen Brüder und Schwestern aus der Ukraine. Diese Heuchelei hat uns im März zu einem Statement veranlasst. Im März hat unser Mitglied ShirHever in Zusammenarbeit mit Kairos Palestine und anderen Organisationen einen Online-Vortrag mit dem Titel "Ist der Staat Israel ein (Siedler) kolonialistisches Projekt?" gehalten. Anfang April hat sich eine Welle von Angriffen einzelner Palästinenser auf israelische Zivilist:innen abgezeichnet. Um diese Angriffe und den Widerstand der Palästinenser:innen in ihrem Lebenskontext zu verstehen, weisen wir auf Quellen wie Occupied News hin; dort können Sie über die ständige und mörderische Gewalt gegen palästinensische Zivilist:innen durch israelische Akteur:innen lesen, etwa die täglichen Inhaftierungen von Kindern und Tötungen, wie jüngst die Erschießung der

47-jährigen unbewaffneten, sehbehinderten Witwe Ghada Sabateen. Das European Legal Support Center (ELSC) hat eine Kampagne gestartet, um auf die Behandlung der deutsch-palästinensischen Wissenschaftlerin Anna Younes und andere aufmerksam zu machen und dagegen vorzugehen. Dr. Younes wurde durch die Organisationen RIAS und MBR, die sich für den Kampf gegen Antisemitismus zuständig fühlen, aufgrund ihrer Solidarität mit Palästina bewacht und in der Ausübung ihres Berufs behindert. Es gibt deswegen einen Solidaritätsbrief, und wir ermutigen all unsere Unterstützer:innen, ihn zu unterschreiben. .) Provokation auf Westbank : <https://www.jungewelt.de/artikel/424890.provokation-aufwestbank.html> - Siedler marschieren, von israelischer Armee geschützt - Feuer über Gaza nach israelischem Angriff auf das palästinensische Gebiet - Am Dienstag sind mehrere tausend jüdische Siedler unter dem Schutz der israelischen Armee über mehrere Kilometer durch die palästinensische Westbank zum 2005 abgerissenen Siedlervorposten Homesh in der Nähe von Nablus marschiert. Auch einige ultranationalistische Abgeordnete der Knesset nahmen an dem Marsch teil, darunter der frühere Verkehrsminister Besalel Smotrich. Das berichtete die Onlinezeitung Times of Israel. Der TV-Sender Al-Dschasira zeigte gegen Mittag live, wie die ersten Busse mit den Ultranationalisten eintrafen. Die israelische Armee hatte laut der palästinensischen Nachrichtenseite Maan sämtlich Ausgänge der palästinensischen Dörfer, die an der Route lagen, mit Wällen aus Sand blockiert, um die Einwohner daran zu hindern, auf die Siedler zu treffen. Den ganzen Tag über kam es dennoch zu Auseinandersetzungen zwischen israelischen Soldaten und Jugendlichen, bei denen nach Angaben des Palästinensischen Roten Halbmonds bis zum frühen Nachmittag 60 Demonstranten verletzt wurden. Schon am Montag war es im besetzten Jerusalem auf dem Gelände der Al-Aksa-Moschee zu einer Provokation israelischer Soldaten und radikaler jüdischer Siedler gekommen, wobei die Moschee teilweise beschädigt und muslimische Gläubige verletzt wurden. Jordanien bestellte den israelischen Chargé d'Affaires in Amman ein und übergab ihm eine Protestnote gegen die »illegale und provokative Verletzung« der Würde der Al-Aksa-Moschee, berichtete die staatliche jordanische Nachrichtenagentur Petra. Möglicherweise war die Rakete, die in der Nacht zum Dienstag vom Gazastreifen aus auf Israel abgefeuert wurde, eine Antwort auf den Vorfall an der Al-Aksa-Moschee. Es war der erste Raketenzwischenfall seit vier Monaten. Die israelische Luftwaffe zerstörte daraufhin ein vermeintliches Waffenlager der islamistischen Hamas in Gaza. Menschen kamen auf beiden Seiten offenbar nicht zu Schaden. Am Dienstag untersagte die israelische Polizei einen für Mittwoch kurzfristig geplanten sogenannten Fahnentanz ultrarechter Israelis um die Altstadt von Jerusalem herum. Im Moment sei eine solche Veranstaltung aufgrund der wachsenden Spannungen nicht möglich. Sie bot den Demonstranten einen alternativen Termin an, wenn die Situation sich beruhigt habe. Eine ähnliche Veranstaltung hatte im vergangenen Jahr

zu einem elf Tage dauernden militärischen Schlagabtausch zwischen den palästinensischen Organisationen Hamas und »Islamischer Dschihad« auf der einen und Israel auf der anderen Seite geführt. Weil in diesem Jahr der islamische Fastenmonat Ramadan, das jüdische Pessach-Fest und das christliche Ostern zusammenfallen, wirken religiöse Befindlichkeiten aktuell als Brandbeschleuniger. Die Nachricht, dass am Dienstag morgen eine 19 Jahre alte Palästinenserin einem Bauchschuss erlag, den ihr israelische Soldaten am 9. April zufügten, als sie auf dem Weg zur Schule war, heizte die Stimmung zweifellos weiter an. .) Palästina-Demo: Wir fordern die deutsche Presse auf, journalistischen Prinzipien nachzukommen und unsere Gegenperspektive ebenfalls zu veröffentlichen! :

<https://www.palaestinaspricht.de/news/demo-23apr2022> - An die 2.000 Menschen nahmen gestern (23.4) an der von uns organisierten Demonstration für Palästina in Berlin teil! In Zeiten brutaler Repression der israelischen Besatzungstruppen im annektierten Jerusalem und anderswo ist unsere Stimme auf den Straßen umso wichtiger. Unser Grundkonsens ist ein internationalistischer, intersektionaler und damit konsequent antirassistischer. Das haben wir in unseren Reden und Parolen deutlich gemacht. Natürlich war uns im Vorfeld klar, dass diese der rechten, rassistischen Medienlandschaft ein Dorn im Auge sind. Deswegen lagen Springer und Co. ausschließlich auf der Lauer nach Einzelpersonen unter Hunderten, die sie ablichten konnten, um die gesamte Demo in den Schmutz zu ziehen. Ihr gefundenes Fressen war eine Hand voll unorganisierter Jugendlicher, von denen einer einen SpringerJournalisten antijüdisch beleidigte. Selbstverständlich lehnen wir als Palästina Spricht auf Grundlage unseres antirassistischen Grundkonsens solche rassistischen Sprüche entschieden ab und unterbinden sie, wo wir sie mitbekommen. Konsequenterweise lehnen wir ebenso die rassistische Berichterstattung ab, die mit diesem Vorfall den gesamten Demonstrationzug und palästinensische Menschen per se in Kollektivhaft nehmen will. Wir waren letztes Jahr Augenzeugen, als wir Palästinenser*innen im Mai 2021 zur Zielscheibe einer böartigen und rassistischen Hetz- und Verleumdungskampagne wurden. Während Israel Bomben auf die Köpfe unserer Familien in Gaza fallen ließ, haben Vertreter ALLER deutschen Parteien im Bundestag, von den LINKEN bis zur AfD, gemeinsam eine Solidaritätsbekundung mit Israel, einem Apartheidstaat, am Brandenburger Tor gehalten und Waffenlieferungen nach Israel genehmigt. Dieses feige, menschenverachtende Verhalten des Bundestages wurde mit großem Jubel seitens der deutschen Presse begrüßt. Wir wurden in den Medien entmenschlicht, gedemütigt, verleumdet und mussten zusehen, wie Deutschland seine Geschichte mit unserem Blut reinwaschen wollte. Pressefreiheit bedeutet für diese rassistischen sogenannten „Journalisten“ nur ihre Freiheit, uns Palästinenserinnen zu unterdrücken und zu verleumden. Dieses widerwärtige Verhalten, das einen Verrat an journalistischer Integrität darstellt, ist die propagandistische Ablenkung vom

israelischen Apartheidsystem und dessen Verbrechen gegen uns Palästinenserinnen. Unsere Erfahrungen mit der Propaganda der deutschen Medienlandschaft sind weitreichend. Dementsprechend wissen wir sehr genau, wie sie unseren Protest darzustellen versuchen. Sie sind im ideologischen Kampf gegen palästinensische Menschenrechte das, was die Knüppel und Gewehre der israelischen Besatzungstruppen im physischen Kampf gegen palästinensische Menschenrechte sind. Wir danken allen jüdischen Teilnehmenden und Genoss*innen, die sichtbar auf unserer Demo vertreten waren. Wir versichern ihnen, dass wir auch zum Tag der Nakba in wenigen Wochen für die Menschenrechte der palästinensischen Bevölkerung bundesweit auf die Straße mobilisieren werden und sie weiterhin willkommen auf unseren Veranstaltungen sind. Für ein freies Palästina vom Jordanfluss bis zum Mittelmeer, in dem palästinensische, jüdische und alle anderen Menschen gleichberechtigt leben können! .) Israelischer Historiker Ilan Pappé : „Apartheid? Der Vorwurf ist keineswegs überzogen“ : https://www.aachener-nachrichten.de/politik/apartheid-der-vorwurf-ist-keineswegs-ueberzogen_aid-68357091 - Der israelische Historiker Ilan Pappé übt scharfe Kritik am Umgang seines Staates mit den Palästinensern. Am 25. 4. 2022 referiert er in Aachen. Von Joachim Zinsen: Er ist einer der streitbarsten und umstrittensten Historiker Israels. Seit Jahrzehnten versucht Ilan Pappé die Sicht der Palästinenser auf den Nahostkonflikt zu beschreiben und zu vermitteln. Warum er das macht, wie er die Lage in seiner Heimat einschätzt und welche Perspektiven er für die Region sieht, darüber sprach unser Redakteur Joachim Zinsen mit dem Wissenschaftler. Zur Person: Pappé referiert am 25. April an der RWTH Aachen Ilan Pappé (67) zählt zu der Gruppe der „Neuen Historiker“ in Israel. Nach Jahren als Professor an der Universität Haifa leitet er seit 2009 das an der britischen Universität Exeter eingerichtete „European Centre for Palestine Studies.“ 2007 sorgte auch in Deutschland sein Buch „Die ethnische Säuberung Palästinas“ für Furore. Herr Pappé, warum nehmen Sie als jüdischer Israeli die Perspektive des vermeintlichen Feindes ein? Ilan Pappé: Es ist die Pflicht eines Menschen, der in einer Komfortzone lebt, diejenigen nicht zu vergessen, denen es nicht so gutgeht. Als Historiker habe ich erkannt, welchen Preis die Palästinenser für meine Komfortzone bezahlt haben. Entscheidend ist aber auch die eigene Geschichte und die moralische Einstellung. Als Sohn zweier deutscher Juden, die viele ihrer Familienmitglieder im Holocaust verloren haben, konnte ich dem Leiden der Palästinenser nicht gleichgültig gegenüberstehen, weil es zu einem großen Teil von meinem eigenen Volk, von meiner Gesellschaft und von meinem Staat verursacht wurde. Sie gelten als ein Unterstützer der BDS-Bewegung, die zum Boykott Israels aufruft. Die israelische Regierung und Stimmen in Deutschland nennen die Bewegung antisemitisch. Sind Sie ein Antisemit? Pappé: Ich kann kein Antisemit sein. Ich kann vielleicht ein selbsthassender Jude sein, aber ich hasse mich nicht. Im Ernst: BDS ist nicht

antisemitisch, deshalb unterstützen so viele Juden in der Welt die Bewegung. Sie richtet sich in keiner Weise gegen das Judentum. Es ist eine Bewegung, die sich gegen Rassismus, Kolonialismus und Apartheid wendet, die Israel vielen Palästinensern im historischen Palästina zufügt. Ähnlich wie Amnesty International werfen also auch Sie dem israelischen Staat vor, ein System der Apartheid etabliert zu haben. Und zwar nicht nur in den besetzten Gebieten. Ist der Vorwurf nicht überzogen? Pappe: Keineswegs! Nachdem der inzwischen verstorbene südafrikanische Bischof Desmond Tutu Israel und Palästina besucht hatte, stellte auch er fest: Die Lage der Palästinenser innerhalb Israels ist nicht so schlimm wie die der Afrikaner im Südafrika der Apartheid, im Westjordanland und im Gazastreifen aber ist sie noch schlechter. In Teilen Israels herrscht also Apartheid, die weniger bedrückend ist als die Apartheid in anderen Teilen, die Israel kontrolliert. Jeder Palästinenser zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer lebt in der einen oder anderen Form unter Apartheid. Lässt sich das so pauschal sagen? Pappe: Dann mache ich es konkreter. Die palästinensischen Bürger Israels dürfen an bestimmten Orten nicht wohnen, in bestimmten Berufen nicht arbeiten und werden vom Strafsystem anders behandelt als jüdische Israelis. Sie leiden täglich unter Vorurteilen und Rassismus, der von großen Teilen des politischen Systems gefördert wird. Im Westjordanland gibt es apartheidartige Räume und Straßen, nämlich solche, die nur für Juden bestimmt sind. Der Gazastreifen wird belagert, was noch schlimmer ist als Apartheid. Arabischstämmige Menschen mit israelischem Pass können aber wählen und als Parlamentarier in die Knesset einziehen. Wie passt das zum Apartheid-Vorwurf für das israelische Kernland? Pappe: Das Recht, zu wählen und gewählt zu werden, ist zweifellos wichtig, aber für sich genommen noch kein Beweis für eine Demokratie. Entscheidend ist die Frage: Gibt es eine Diskriminierung bei den Grundrechten? Stellen Sie sich vor, die Stadt Aachen könnte erklären, dass jüdische Bürger aus Deutschland nicht in der Stadt leben dürften. Wäre Deutschland dann eine Demokratie? Genau dies aber ist in den israelischen Orten Afula und Yokneam gegenüber arabischstämmigen Bürgern geschehen. In Israel urteilt ein arabischstämmiger Richter am obersten Gericht des Landes. So etwas wäre im Apartheid-System Südafrikas nicht möglich gewesen. Pappe: Nicht jedes Apartheidsystem funktioniert genauso wie das frühere in Südafrika. Sie können einen arabischen Alibirichter im obersten Gerichtshof einsetzen, aber das ändert nichts an der Tatsache, dass die Gefängnisse voll mit palästinensischen Bürgern sind und ihr Anteil an den Insassen viel größer ist als ihr Anteil an der Bevölkerung. Eine Frau als Premierministerin in einem Land bedeutet nicht, dass Frauen dort in der Gesellschaft gleich und gerecht behandelt werden. Wenn Sie beispielsweise zum Flughafen Ben Gurion kommen, werden Sie keine palästinensischen Bürger finden, die bei der Einreisekontrolle arbeiten. Am wichtigsten ist aber etwas anderes: Die Beurteilung Israels als Demokratie kann nicht von der mehr als 50 Jahre währenden

Besatzung und der Herrschaft über Millionen Palästinenser getrennt werden. Diese Menschen leben in einem Staat, der täglich über ihr Schicksal und ihre Zukunft entscheidet, ohne dass sie wählen dürfen oder gewählt werden können. Wir alle verurteilen Russland für die Besetzung von Teilen der Ukraine. Allein die Okkupation lässt bereits Zweifel an der Fähigkeit Russlands aufkommen, eine Demokratie sein zu können. Das Gleiche muss auch für Israel gelten. Zum kollektiven jüdischen Gedächtnis gehört die Erfahrung der Shoah. Ist es da nicht nachvollziehbar, dass die israelische Gesellschaft ein sehr hohes Sicherheitsbedürfnis hat und kaum Kompromissbereitschaft gegenüber den Palästinensern zeigt? Pappé: Das zionistische Projekt, also die Kolonisierung und Besiedlung eines fremden Landes, begann lange vor der Shoah. Ebenso ist die Idee, dass die Palästinenser in Palästina Fremde sind und das Land eigentlich dem jüdischen Volk gehört, älter als die Shoah. Das Bedürfnis nach einer großen Armee und Sicherheit hat also nichts mit dem Holocaust zu tun. Es hat mit der Tatsache zu tun, dass sich der Zionismus mit Gewalt in einem anderen Land niedergelassen hat, die Hälfte der Bevölkerung dieses Landes 1948 enteignet und 1967 das gesamte Land der Palästinenser übernommen hat. Wenn man sich etwas, das einem nicht gehört, mit Gewalt nimmt, braucht man Gewalt, um es zu schützen. Lässt sich der israelische Staat in seiner derzeitigen Form dauerhaft durch militärische Stärke sichern? Pappé: Israel hat eine sehr starke Armee. Kurzfristig gibt es niemanden, der sie infrage stellen kann. Aber auf lange Sicht wird auch eine starke Armee keine Lösung für die anhaltende Unterdrückung von Millionen von Palästinensern finden. Zumal diese Menschen von Gesellschaften in vielen Teilen der Welt unterstützt werden. Die Palästinenser verschwinden nicht. Sie werden weiterhin für Freiheit und Befreiung kämpfen. Und obwohl sie militärisch sehr schwach sind, können ironischerweise nur sie der jüdischen Gesellschaft Israels eine Legitimität verleihen und ein Ende des Konflikts herbeiführen. Viele von ihnen sind dazu bereit, wenn sie Teil einer echten demokratischen Gesellschaft werden, die die Rückkehr der Flüchtlinge und die Abschaffung aller kolonialistischen Institutionen ermöglicht. Denn diese hindern die Palästinenser bis heute daran, als freie Menschen in ihrer eigenen Heimat zu leben. Was haben die Jahrzehnte der Besatzung mit der palästinensischen Gesellschaft gemacht? Pappé: Die Besatzung hat die wirtschaftliche Infrastruktur derart zerstört, dass die Arbeitslosigkeit sehr hoch ist und es nur wenige Möglichkeiten der sozialen Mobilität gibt. Zudem hat sie einerseits eine Kultur des Widerstands geschaffen, die auf brutale Unterdrückung durch die Besatzer stößt. Andererseits hat die Besatzung aber auch Gewalt auf den Straßen in vielen Teilen der besetzten Gebiete erzeugt. Das Leben dort ist abnormal. Und trotzdem sind viele Menschen dort nicht gebrochen. Die Palästinenser haben dafür den Begriff „Sumud“. Damit ist die Widerstandsfähigkeit gemeint, mit der Einzelpersonen und Bewegungen täglich die Besatzer gewaltlos herausfordern. Es gibt aber auch Gewaltakte. Pappé: Natürlich leisten manche auch

gewaltsamen Widerstand. Den hat es in vielen antikolonialistische Bewegungen der Vergangenheit gegeben, um die Besatzung zu beenden. In den vergangenen Wochen gab es eine ganze Serie von tödlichen Anschlägen in Israel. Trotzdem plädieren Sie für einen gemeinsamen jüdisch-arabischen Staat. Ist das realistisch? Pappé: Es ist der einzige Weg, die Gewalt zu beenden. Gewalt endet, wenn die Quelle der Gewalt austrocknet und nicht, wenn nur die Symptome des Problems behandelt werden. Es gibt kein Motiv für Gewalt in einem demokratischen Staat, der hoffentlich die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse vieler Bürger so gut wie möglich befriedigt. Es gibt kein Motiv für Gewalt, wenn Flüchtlinge zurückkehren können, politische Gefangene freigelassen werden, geraubtes Land zurückgegeben wird und alle Formen der Diskriminierung verschwinden. All dies kann nur in einer Ein-Staat-Lösung gewährleistet werden. Wie tief ist die Spaltung innerhalb der palästinensischen Community? Ein Opfer der jüngsten Anschläge war ein israelisch-arabischer Polizist. Pappé: Die meisten Palästinenser haben die gleiche Vision von einem normalen Leben, von Freiheit und Befreiung. Aber dies ist eine Vision für die Zukunft. Israel hat die Palästinenser in verschiedene Gruppen aufgespalten, die kurzfristig unterschiedliche Bedürfnisse haben und auf unterschiedliche Weise versuchen, das Leben unter Israel und dem Zionismus zu verbessern. Wäre Israel eine Demokratie, wäre es kein Problem, ein palästinensischer Polizist zu sein. Unter den gegebenen Umständen befasst sich die reguläre Polizei in der Regel mit gewöhnlicher Kriminalität und ist nicht Teil der Besatzung und Unterdrückung. Aber manchmal ist sie es eben doch. Deshalb sind nur sehr wenige palästinensische Bürger bereit, ihr beizutreten. Es handelt sich also nicht um eine ernsthafte Spaltung in der palästinensischen Gesellschaft. Die Spaltungen zwischen säkularen und religiösen Menschen ist um einiges bedeutender. Politische Positionen wie Ihre sind in den vergangenen Jahren in Israel immer stärker an den Rand gerückt. Wie erklären Sie sich diese Entwicklung? Pappé: Die israelisch-jüdische Gesellschaft bewegt sich immer weiter nach rechts. Viele kritische Stimmen haben das Land inzwischen verlassen. Andererseits gibt es dort in der Zivilgesellschaft eine neue Generation. Sie lässt mich hoffen, dass auch in Zukunft junge israelische Juden den Kampf für Frieden und Gerechtigkeit nicht aufgeben. Seit Wochen beherrscht der Überfall von Wladimir Putins Armee auf die Ukraine die Debatte. Für Europa ist von einer Zeitenwende die Rede. Hat der Krieg auch Auswirkungen auf den israelisch-palästinensischen Konflikt? Pappé: Nein, überhaupt nicht. Der Krieg in der Ukraine, so schrecklich er ist, legt die Doppelmoral des Westens gegenüber verschiedenen Kriegen in der Welt offen. Die gleiche gerechtfertigte moralische Verurteilung des Angriffs und die gleichen Maßnahmen gegen den Aggressor fehlen gegenüber Israel. Arabische Flüchtlinge werden immer noch anders behandelt als ukrainische. Daher ist dieser Krieg kein Wendepunkt, der Auswirkungen auf Israel und Palästina hat. .)

Palästinakomitee Stuttgart: infobl@tt April 2022 :

<https://senderfreiespalaestina.de/pdfs/Keine-Rechte-fuer-Arbeiter-aus-Gaza.pdf> - Für die Überwindung Siedlerkolonialismus und Apartheid, für das Sichtbarmachen der palästinensischen Geschichte steht der Nakba-Tag, <https://de.wikipedia.org/wiki/Nakba> mit dem die Palästinenser:innen an die ethnische Säuberung im Zusammenhang mit der Staatsgründung Israels erinnern. Wir begehen diesen Tag am 14. Mai auf dem Stuttgarter Schlossplatz zusammen mit unseren jüdischen Freund:innen, mit denen wir eine Bewegung bilden. Professor em. Fanny Reisin ist unsere Schirmfrau. Es gibt palästinensischen Tanz, Musik, Bilder von Palästina aus der Zeit vor 1948, Redebeiträge und die Nakba-Ausstellung der Flüchtlingskinder im Libanon. Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt des April-Infobl@tts des Palästinakomitee Stuttgart sind zwei wichtige Erfolge vor Gerichten: Das Landgericht Stuttgart hat im Eilverfahren entschieden, dass die Kontokündigung der BW-Bank wegen der BDSUnterstützung unwirksam ist, kurz zuvor hatten wir schon gegen die Löschung von der Website der Stadt Stuttgart vor dem Verwaltungsgericht Stuttgart gewonnen. In beiden Fällen war der Druck rechtsextremer Kräfte wie der AFD (in Landtags- und Gemeinderatsanfragen) sowie des weit rechts stehenden Journalisten Benjamin Weinthal auf die Institutionen, die unsere Rechte verweigerten, unübersehbar. Wir sind erschrocken, dass die betroffenen Institutionen sich davon zu einem offensichtlich nicht rechtmäßigen Schritt haben verleiten lassen. Die Urteile stärken die Zivilgesellschaft. .)

Pressemitteilung von Palästina Spricht bzgl. Verbot von Gedenkveranstaltungen : <https://www.tagesspiegel.de/berlin/untersagte-veranstaltungen-am-nakba-tag-drei-eilantraegegegen-verbote-von-palaestina-demos/28334134.html> - Am 12.05.2022 erhielt der Anmelder der Nakba-Gedenkveranstaltungen in Berlin ein Schreiben der Berliner Polizei, in dem alle Veranstaltungen, die vom 13.-15.05.2022 geplant waren, verboten wurden. Über palästinensische Protestaktionen hinaus wurden ebenfalls Demonstrationen für Versammlungs-, Presse- und Meinungsfreiheit in Berlin von der Polizei als "Ersatzveranstaltungen" verboten. Auch eine Demonstration der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost im Gedenken an die ermordete palästinensische Journalistin Schirin Abu Akleh wurde von der Berliner Polizei verboten. Palästina Spricht ist eine anti-rassistische Koalition in Deutschland, die sich für die Rechte von Palästinenser:innen einsetzt. Die Nakba Gedenkveranstaltungen waren dazu gedacht an dem 74. Jahrestag der Vertreibung und ethnischen Säuberung von mehr als 800.000 Palästinenser:innen ("Al Nakba": dt.: Katastrophe) zu gedenken und der in Europa größten palästinensischen Community von ca. 80.000 Palästinenser:innen einen Raum für kollektive Trauer zu schaffen. Gleichzeitig sollten die Veranstaltungen auf die Apartheidsstrukturen, unter denen palästinensische Menschen bis heute leben, aufmerksam machen. Eine Sprecherin von Palästina Spricht dazu: "Die Nakba-Gedenkveranstaltungen geben uns Palästinenser:innen in Deutschland die Möglichkeit, an ein historisches und noch

andauerndes Unrecht, das unseren Vorfahren zugefügt wurde, zu erinnern. Und wir möchten ein Zeichen setzen für die Menschenrechte von Palästinenser:innen". Auch die internationale Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) beleuchtet in ihrer rechtswissenschaftlichen Untersuchung "Israel's Apartheid against Palestinians: Cruel System of Domination and Crime against Humanity" das Verbrechen der Apartheid gegen palästinensische Menschen in Israel, den besetzten palästinensischen Gebieten sowie gegen palästinensische Geflüchtete in anderen Ländern. Merkmale von Apartheid sind nach Internationalem Recht u.a.: Enteignung von palästinensischen Ländereien und Eigentum, außerrechtliche Tötungen, erzwungener Transfer, drastische Einschränkung der Bewegungsfreiheit, Vorenthaltung von Nationalität und Staatsbürgerschaft für Palästinenser:innen. Die bedeutendste Menschenrechtsorganisation der Welt hält fest, dass es sich bei dieser systematischen Diskriminierung um Apartheid handelt, welches laut Römischen Statut ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist. Die Anti-Apartheidkonvention der UN verurteilt solche staatlichen Maßnahmen und fordert Konsequenzen. Auch andere einflussreiche Organisation wie Human Rights Watch und die größten israelischen Menschenrechtsorganisationen B'Tselem und Yesh Din bestätigen diese Verstöße gegen internationales Recht durch das Verbrechen der Apartheid. Die Berliner Polizei argumentiert ihr Verbot mit zwei Argumenten: 1. Die palästinensische Diaspora als auch "muslimisch geprägte Personenkreise, vorzugsweise voraussichtlich aus der libanesischen, türkischen sowie syrischen Diaspora" und hier insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene seien "erheblich angespannt und emotionalisiert", 2. auf den NakbaGedenkveranstaltungen könnte es zu einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit kommen. Palästina Spricht verwehrt sich dieser Anschuldigungen und hat rechtliche Schritte eingeleitet, um das Recht auf Versammlungsfreiheit und freie Meinungsäußerung geltend zu machen. Das Verbot der Gedenkveranstaltungen durch die Berliner Polizei schränkt Palästinenser:innen in Deutschland in ihren Grundrechten ein und ist nach den Maßstäben eines demokratischen Rechtsstaates auf mehreren Ebenen besorgniserregend: Durch die pauschale Bezeichnung mehrerer minorisierter Bevölkerungsgruppen als "hoch emotionalisiert" wird ein rassistisches Stereotyp bedient, das Palästinenser:innen, Muslim:innen und Menschen der libanesischen, türkischen und syrischen Diaspora als Kollektiv abwertet und ihnen ihre Fähigkeit, "rational" zu handeln, abspricht. Palästina Spricht widerspricht dem vorseilenden Generalverdacht, dass ihre Veranstaltungen die öffentliche Sicherheit gefährden würden. Palästina Spricht hat in den letzten zwei Jahren 40 Veranstaltungen im öffentlichen Raum organisiert, die allesamt friedlich verlaufen sind. Das Grundverständnis von Palästina Spricht ist ein anti-rassistisches, d.h. Palästina Spricht als Veranstalter setzt sich aktiv öffentlich und in enger Zusammenarbeit mit jüdischen Organisationen dafür ein, dass es weder zu

rassistischen noch zu antijüdischen Äußerungen oder Handlungen auf Veranstaltungen sowie in der Gesamtgesellschaft kommt. Dies ist auch nachzulesen in Pressemitteilungen von Palästina Spricht zu der Nakba-Demonstration im Mai 2021. Diese neue Dimension von Protestverboten seit dem 29. April in Berlin stellt insgesamt eine alarmierende Missachtung des Rechts auf freie Meinungsäußerung dar, die bereits auf weitere Bereiche des Versammlungsrechts ausgeweitet wurde und werden kann. .) Prof. für ausländisches u. internationales Privatrecht kritisiert Verbot von Palästina-Demonstrationen: <https://www.berliner-zeitung.de/kultur-vergnuegen/staatsrechtlerdas-verbot-der-palaestinademos-pervertiert-versammlungsfreiheit-li.227922> - Ralf Michaels ist Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht, Professor für globales Recht an der Queen Mary University London und Professor für Recht an der Universität Hamburg. Er kritisiert in der Berliner Zeitung scharf das Verbot von Palästina-Demonstrationen in Berlin. Sein Beitrag erschien auch im Verfassungsblog: <https://verfassungsblog.de/versammlungsfreiheit-gilt-auch-fur-palastinenser/> .) Israelisches Militär prügelt auf Trauernde und auf den Sarg von Shireen ein! : https://www.youtube.com/watch?v=WHqytR_y0I8 - .) Berlin Palästina-Demos 15.8.22 trotz Verbot : <https://arbeiterinnenmacht.de/2022/05/16/viva-viva-palaestina-protestaktionen-trotz-demoverbotenin-berlin/> Text unter dem Link. .) Von Israel ermordet? Warum Forensik im Fall Shireen Abu Akleh nicht ausreicht : <https://www.berliner-zeitung.de/kultur-vergnuegen/von-israel-ermordet-warumforensik-im-fallshireen-abu-akleh-nicht-ausreicht-li.230306> - Neue CNN-Berichte zeigen: Die Journalistin Shireen Abu Akleh wurde von Israel erschossen. Unser Autor sagt: Den Kontext verstehen ist wichtiger als die Umstände. Palästinenser besuchen den Ort, an dem die palästinensisch-amerikanische Reporterin Shireen Abu Akleh erschossen wurde, in Jenin im Westjordanland, 18. Mai 2022. Am Morgen des 11. Mai wurde Shireen Abu Akleh erschossen. Abu Akleh war eine angesehene palästinensisch-amerikanische Reporterin. Israelische Soldaten hatten nach dem Terroranschlag in der Vorwoche in Elad eine Razzia in Jenin durchgeführt – es kam zu einem Schusswechsel zwischen ihnen und militanten Palästinensern. Eine Kugel drang Abu Akleh zwischen Schutzweste und Helm in den Hals ein und tötete sie auf der Stelle. Schnell stellte sich die Frage: War sie Opfer der Israelis? Oder einer Fehlzündung eines palästinensischen Kämpfers? Die palästinensische Autonomiebehörde beschuldigte die Israelis. Israel weist die Verantwortung von sich. Da sich die Palästinenser weigern, der israelischen Seite Zugang zur Leiche oder zur Kugel zu geben, weigert sich das israelische Militär, eine Untersuchung einzuleiten. Während ihrer Beerdigung in Ostjerusalem eskalierte die Situation weiter. Bilder und Videos zeigten, wie die Polizei die Sargträger auf eine solche Weise angriff, dass der Sarg beinahe auf den Boden krachte. Am 24. Mai konstatierte ein CNN-Bericht, der sich auf moderne Ton- und Videoanalyse stützt,

das Rätsel gelöst zu haben: Die Schüsse seien von Israels Soldaten vorsätzlich abgegeben worden. Obwohl der Bericht überzeugend wirkt, bleibt zu bezweifeln, dass dies das letzte Wort dieser Auseinandersetzung sein wird. Der Fall Shireen Abu Akleh hat viele ähnliche Vorläufer. Es sei an dieser Stelle an ein ähnliches Ereignis aus dem Jahr 2000 erinnert. Damals wurde der 12-jährige palästinensische Junge Muhammad al-Durrah getötet, nachdem er zusammen mit seinem Vater, der ihn schützen wollte, in ein Kreuzfeuer in Gaza geraten war. Die Live-Aufnahmen des Fernsehsenders France 2 erschienen auf allen Kanälen und wurden zu einem Symbol der zweiten Intifada. Damals wie heute sind der Verlust unschuldiger Menschenleben und die Tragödie des Konflikts offensichtlich. Im Zentrum der Debatten stand die Frage: Wer hat den Jungen erschossen? Als ob ein ballistischer Beweis die Handlungen einer der Kontrahenten rechtfertigen könnte. Die Kontroverse wurde Gegenstand zahlreicher Dokumentarfilme und Verleumdungsakte zwischen Journalisten, Forensikern und Politikern. Eine abschließende Antwort wurde nie gefunden. Wer Muhammad al-Durrah erschoss? Es hängt davon ab, wen Sie fragen. Es ist wichtig, die Ereignisse aus dem Kontext heraus zu begreifen, in dem sie stehen. Eine Möglichkeit, das zu tun, ist auf Statistiken zurückzugreifen anstatt Medienbilder. Nach Angaben der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem wurden seit 2008 mehr als 800 palästinensische Minderjährige und über 380 Frauen getötet. Nach Angaben von Defense for Children International Palestine haben israelische Sicherheitskräfte allein 2021 76 palästinensische Kinder im Westjordanland und im Gazastreifen getötet. Die israelische Verantwortung für diese Todesopfer wird nicht bestritten. Dennoch sind strafrechtliche Anklagen gegen Soldaten selten, und die meisten Ermittlungen werden ohne Anklageerhebung beendet. Nach Angaben der israelischen NGO Yesh Din liegt die Wahrscheinlichkeit, dass ein Soldat, der einen Palästinenser verletzt hat, angeklagt wird, bei zwei Prozent. Und selbst, wenn es zu einer Anklage kommt, ist die Bestrafung minimal. Ein aktueller Fall ist der Fall von Omar al-Majed Assad, einem 80-jährigen Palästinenser, der am 12. Januar 2022 an einem Herzinfarkt starb, nachdem er von Soldaten verhaftet worden war, die ihn in einer eisigen Winternacht auf einer Straße liegen ließen. Der Vorfall endete lediglich mit einer Disziplinaranzeige gegen die beteiligten Kommandeure. Der einzige Grund, warum dieser Fall überhaupt untersucht wurde, war Druck von außen. Druck, der sich nur dadurch mobilisieren konnte, dass al-Majed Assad US-Staatsbürger war. Wir müssen den Kontext der Morde verstehen lernen. Wer hat Shireen Abu Akleh ermordet? Ist dies eine Frage, die eine unparteiische Untersuchung erfordert? Es ist irreführend, den Fall als bloße Kriminalgeschichte zu betrachten. Was wir brauchen, ist mehr als nur Forensik. Der Ausgangspunkt sollte die Geschichte des Ortes sein, an dem sie erschossen wurde: Jenin, ein überbevölkertes Flüchtlingslager für deportierte Palästinenser aus dem Jahr 1948, dem Jahr der palästinensischen Nakba infolge der

Staatsgründung Israels. Während der zweiten Intifada 2002 tobte hier die sogenannte Schlacht von Jenin, die 52 Palästinenser und 23 Israelis das Leben kostete. Das Flüchtlingslager liegt im Westjordanland. Über die Lebensbedingungen vor Ort hat Abu Akleh jahrzehntelang berichtet: Hier lebt eine Gesellschaft in ständiger Krise, ohne politischen Horizont. Es ist ein Ort unter israelischer Kontrolle, wo Gesetze in diskriminierender Absicht angewandt werden. Seit mehr als fünf Jahrzehnten ist das für Palästinenser keine vorübergehende, sondern eine dauerhafte Situation. Es wäre jetzt essenziell zu fragen, was es bedeutet, unter solchen Bedingungen zu leben. Bedingungen, die immer schlimmer werden und deren Ende nicht absehbar ist. Um die gewalttätigen Zwischenfälle zu verstehen, muss man sich mit diesem Kontext auseinandersetzen. Um die Bedingungen, die diese Realität erst schaffen und aufrechterhalten und aufgrund derer sowohl unschuldige Israelis als auch eine unverhältnismäßig große Zahl unschuldiger Palästinenser immer wieder getötet und verletzt werden. In deren Routine stellen aufsehenerregende Ereignisse wie Abu Aklehs Ermordung letztlich nur traurige Eckpfeiler dar. In Israel/Palästina muss man fragen: Wer gehört dazu? Der 2009 für den Oscar nominierte Film „Ajami“ des palästinensisch-israelischen Regieteams Scandar Copti und Yaron Shani bietet eine provokante Alternative zu den gewohnten Schuldzuweisungen, welche die politische Realität verschleiern. In dem Film wird ein Polizistenmord zweimal gezeigt: Beim ersten Durchlauf scheint es, als ob der jüdische Polizist den jungen palästinensischen Verdächtigen erschießt. Im zweiten Durchlauf sehen wir, dass der palästinensische Jugendliche den Schuss zuerst abfeuerte. Befreit dies den Polizisten von seiner Schuld? Der Film zeigt meisterhaft, dass die Frage, wer als Erstes schoss, letztlich nicht so wichtig ist. Der Film lenkt unseren Blick nicht auf einzelne Täter, sondern auf das Umfeld von Ajami, einem Viertel in Jaffa mit hoher Kriminalitätsrate. Er fordert, dass wir uns die Frage stellen: Wie ist dieses Viertel aufgebaut und organisiert? Wer gehört dazu – und wer wird an den Rand gedrängt? Wer hat Rechte und wird geschützt – und wer ist ausgeschlossen, verletzlich? Der Film lenkt so vom offensichtlichen Brennpunkt, der Schießerei, auf das große Ganze: einen Raum, der kontrolliert wird, indem er unkontrolliert ist – basierend auf der Trennung zwischen Juden, palästinensischen Bürgern Israels sowie Palästinensern, die in den besetzten Gebieten leben. Und auf der toxischen Beziehung, die diese Bedingungen immer wieder hervorrufen. Wer hat Shireen Abu Akleh erschossen? Aus der forensischen Perspektive werden wir es womöglich nie erfahren. Aber wenn wir über die Forensik hinausblicken und anfangen, über die politischen Bedingungen nachzudenken und wie sie einen Raum der Gewalt formen, können wir eine Antwort finden. Shireen ist nicht das erste und wird leider auch nicht das letzte Opfer eines Konflikts sein, der so lange nicht gelöst werden kann, wie unsere politische Vorstellungskraft auf Ballistik beschränkt ist. Und solange die Schlagzeilen von den prominenten Fällen bestimmt sind anstatt von der

ständigen Realität und ihrer gewöhnlichen Gewalt. Dr. Gal Hertz ist ein in Tel Aviv lebender Wissenschaftler mit Schwerpunkt auf deutsche Literatur und Geschichte. .)

Ethnische Diskriminierung in Israel – nicht nur in den besetzten Gebieten? :
<https://www.frankfurter-info.org/termine/ethnische-diskriminierung-in-israel-nichtnur-in-den-besetzten-gebieten> - Im Laufe des letzten Jahres haben insgesamt fünf renommierte Organisationen Berichte zu Apartheid in den von Israel beherrschten Gebieten vorgelegt. Diese sehen den Tatbestand der Apartheid erfüllt, entweder für Israel-Palästina insgesamt (BTselem und Amnesty International / AI) oder beschränkt auf die besetzten Gebiete (Human Rights Watch, Yesh Din und UN-Menschenrechtsrat). Ein Bericht des Wissenschaftlichen Dienstes des deutschen Bundestag beschreibt eine triftige Indizienlage für Ethnische Vertreibung nach dem Völkerstrafrecht. Apartheid und ethnische Vertreibung werden im Völkerrecht als Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingeordnet. Nach allgemeiner Vorstellung wird Apartheid mit der 1994 beendeten Rassentrennung in Südafrika identifiziert. Obwohl der Begriff aus dieser historische Erfahrung herrührt, ist seine Definition im Völkerrecht nicht deckungsgleich mit den Manifestationen von Apartheid in Südafrika, sondern allgemeiner gefasst. Der relevante Maßstab der fünf Berichte ist die im Völkerrecht formulierte Definition von Apartheid, dargelegt in der Rassendiskriminierungskonvention von 1965, der AntiApartheidkonvention von 1974 und in Artikel 7 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) von 1998. Die bisherigen Stellungnahmen der Bundesregierung , wie die meisten Äußerungen in den Medien sind sachlich unbegründet, weil sie jeden Bezug auf den relevanten völkerrechtlichen Maßstab vermissen lassen. Mit anderen Worten: Insbesondere der Einwand, der AI-Bericht leiste dem Antisemitismus „unfreiwillig Vorschub“ ist abwegig. Wenn schon, dann leisten die Menschenrechtsverletzungen an den Palästinensern dem Antisemitismus Vorschub und nicht wissenschaftliche Berichte darüber. Nach dem Völkerrecht ist Apartheid geächtet durch Internationalen Abkommen, die Deutschland übernahm mit der Verpflichtung Apartheid auch international zu verurteilen. Die Veranstaltung mit Prof. Moshe Zuckermann dient dem Zweck, die Debatte in Deutschland zu versachlichen, durch eine faktenbezogene Darstellung der an den Palästinensern begangenen Menschenrechtsverletzungen und deren Einordnung in den völkerrechtlichen Interpretationsrahmen. Anmeldung zur Präsenz-Veranstaltung: setarkos13@gmail.com Die Veranstaltung wird auch über ZOOM übertragen. Anmeldungen dafür an: dr.griesche@gmx.de Veranstalter: Arbeitskreis-Nahost-Bremen, Palästinensische Gemeinde Hessen, Palästina-Forum Frankfurt Unterstützer: Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nah